

Maintal, 12.01.2023

Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zwei-Klassen-Medizin

Wir sind

- Ärzt*innen
- Zahnärzt*innen
- Psychotherapeut*innen
- Medizinstudierende

Ärztlicher Verband stellt sich an die Seite der Protestierenden in Lützerath

Der Verein Demokratischer Ärzt*innen unterstützt die laufenden Proteste gegen den Abriss von Lützerath und die Erweiterung des Braunkohleabbaus

Der Verein demokratischer Ärzt*innen (vdää*) fordert die Landesregierung NRW auf, die Genehmigungen für das Abbaggern und Verbrennen weiterer Millionen Tonnen Braunkohle aus dem offenen Tagebau Garzweiler II sofort zurückzuziehen.

Die Nutzung fossiler Ressourcen, insbesondere der daraus resultierende Klimawandel und die Luftverschmutzung bedingen allein in Deutschland jährlich zehntausende vorzeitige Tode sowie die Entwicklung und Verschlechterung zahlreicher Krankheitszustände. Gerade Braunkohle ist besonders klimaschädlich und setzt zudem beim Abbau und bei der Verbrennung zahlreiche gesundheitsschädliche Substanzen wie Quecksilber, Schwefeldioxid, Stickstoffoxid sowie Feinstaub frei, die die Entstehung z.B. von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, chronischen Lungenerkrankungen, Diabetes und Krebserkrankungen begünstigen. Diese Zunahme an behandlungsbedürftigen Erkrankungen stellt neben dem menschlichen Leid auch eine wachsende Belastung für das Gesundheitssystem dar.

„Die Profitinteressen eines Konzerns dürfen nicht über den Gesundheitsbedürfnissen und Zukunftsinteressen der Menschen stehen“, so Felix Ahls, einer der Ko-Vorsitzenden des vdää*. „Besorgniserregend ist dabei auch die globale Tendenz der Regierungen, Bewegungen für Klimaschutz zu kriminalisieren und mit Repression einzuschüchtern, wie wir es auch in Deutschland beobachten.“

Aus Sicht des vdää* sind die aktuell laufenden Proteste in Lützerath und vielen anderen Städten notwendig und legitim, weil die bisher angestrebten Klima- und Umweltschutz-Maßnahmen der Bundes- und Landesregierungen nicht ansatzweise ausreichen.

Der Verein demokratischer Ärzt*innen ruft zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Proteste im rheinischen Braunkohlerevier auf. Von der Landesregierung fordert der vdää* einen Stopp der Räumung und des Abbaus der Kohle im Tagebau Garzweiler.

Dr. Nadja Rakowitz (Pressesprecherin)
im Namen des Vorstands